

Berlin, 11. Dezember 2015

Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 10. – 12. Dezember 2015

Beschluss - Nr. 15

IA 7 - Wir schreiben Deutschlands Zukunft Starke Ideen für Deutschlands Zukunft

Wir müssen heute die Weichen stellen, damit wir auch in Zukunft in einem starken Land gut leben können. Deswegen müssen wir eine konkrete Vorstellung davon entwickeln, wie unsere Gesellschaft in zehn Jahren aussehen soll und welche Schritte auf dem Weg dorthin nötig sind. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind zahlreich und Veränderungen kosten Kraft. Aber: Bei den Menschen in unserem Land, bei den hunderttausenden Ehrenamtlichen, bei unserem Staat mit seinen Beschäftigten und nicht zuletzt bei unserer Wirtschaft – auf allen Ebenen sehen wir Engagement, Kompetenz und Kreativität. Auf dieses Fundament bauen wir auf! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten melden uns zu Wort und erneuern unseren Anspruch, die Zukunft unserer Gesellschaft zum Besseren gestalten zu wollen. Wir haben dieses Land geprägt. Und wir werden es auch in Zukunft prägen!

Sozialdemokratische Politik findet statt vor Ort, wo sie sich kümmert und anpackt; in den Ländern, wo sie klug gestaltet, im Bund, wo sie die treibende Kraft für die Gestaltung der Zukunft ist, in Europa, wo wir die Europäische Union demokratisieren und die demokratischen Institutionen der nächsten Generationen entwickeln. Wir leben in Zeiten, in denen es oftmals um Pragmatismus geht, um praktisches Handeln zur Lösung der Herausforderungen des Alltags: Unterkünfte für Flüchtlinge organisieren, Sprachkurse, Weiterbildung, Wohnungsbau. Und gleichzeitig sind es Zeiten großer Gesellschaftspolitik. Denn hinter allem steht die Frage: Wie soll sich unsere Gesellschaft entwickeln? Wie sichern wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität? Und was muss die Politik tun, damit die Gesellschaft zusammenhält, damit gleiche Chancen, gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle gelten und damit alle in Sicherheit leben können? In solchen Zeiten, in denen große Gesellschaftsentwürfe verhandelt werden müssen und gleichzeitig konkrete Alltagsprobleme gemeistert werden wollen, ist das Beste der Sozialdemokratie zum Vorschein gekommen. Heute leben wir wieder in solchen Zeiten.

„Wir schreiben Deutschlands Zukunft“ – das ist der Auftrag der SPD seit über 150 Jahren. Mit diesem Ziel haben wir die Perspektivdebatte im Sommer dieses Jahres angestoßen. Dieses Ziel haben wir im Oktober mit fast 900 Menschen auf dem Perspektivkongress in Mainz diskutiert. Mehrere tausend Anregungen, oftmals bereits sehr konkrete Vorschläge, haben uns erreicht. Wir wagen Kontroversen,

denn Stärke gewinnen wir aus dem offenen Wettbewerb der Überzeugungen. Und die Debatte hat gerade erst begonnen!

Starke Ideen sind gefragt. Es geht um Lösungen für die drängenden Herausforderungen – und es geht um Zukunftsentwürfe. Die Aufnahme von sehr vielen Flüchtlingen verlangt von uns tatkräftiges Handeln, um den Zustrom zu steuern, Unterkünfte bereit zu stellen, die neu zu uns kommenden Menschen in Arbeit zu bringen und in das gesellschaftliche Miteinander aufzunehmen. Sie verlangt von uns aber vor allem ein Jahrzehnt „großer Gesellschaftspolitik“ – mit Investitionen in die Durchlässigkeit, Chancengleichheit und soziale Teilhabe der Gesellschaft und mit einer klaren normativen Orientierung an den Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Denn hinter allem steht die Frage: Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen? Und wie halten wir Europa zusammen?

Unsere humane und realistische Orientierung muss sich gerade dort bewähren, wo wir es mit den Problemen zu tun haben. Damit uns die Beheimatung der neu nach Deutschland kommenden Menschen gelingt und unsere ganze Gesellschaft gestärkt aus der Zuwanderung hervorgeht, brauchen wir einen starken Staat, der durch massive Bildungsinvestitionen Aufstieg unabhängig von sozialer Herkunft schafft, der durch Aus- und Weiterbildung und notwendige Förderung alle Erwerbsfähigen in gute Arbeit bringt, der bezahlbaren Wohnraum für alle insbesondere in den Großstädten zur Verfügung stellt. Und wir brauchen klare Regeln, die Orientierung schaffen und die unvermeidbaren Konflikte im Alltag der pluralen Gesellschaft entschärfen. Die Regeln leiten sich aus Freiheit, Gleichheit und Demokratie ab und aus den ersten zwanzig Artikeln unseres Grundgesetzes. Die Gleichstellung von Frauen, aber auch die volle Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen und Partnerschaften steht nicht zur Disposition. Wir stellen uns sowohl gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass wie gegen religiösen Fundamentalismus und Antisemitismus. Gleiche Rechte: Das ist unser Angebot. Aber das ist auch unsere Forderung.

In einer kulturell heterogenen Gesellschaft sind starke und leistungsfähige staatliche Institutionen besonders wichtig, um Vertrauen zu schaffen: Vertrauen in gute staatliche Bildungseinrichtungen, Vertrauen in eine leistungsfähige Polizei und öffentliche Verwaltung, Vertrauen, dass ich Hilfe bekomme, wenn ich sie benötige und schließlich Vertrauen darauf, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Unter diesen Bedingungen wird uns Integration gelingen und uns menschlich und wirtschaftlich stärker machen und uns helfen, den demografischen Wandel abzufedern.

Für diese große Gesellschaftspolitik brauchen wir Offenheit und Sicherheit gleichermaßen: Dabei ist es derzeit aber nicht nur die Flucht von sehr vielen Menschen aus Kriegsgebieten, die für Verunsicherung sorgen. Es geht um Unsicherheiten und Ängste in vielen Facetten: Die Angst vor Überforderung, vor sozialem Abstieg, vor immer neuen Krisen, vor Entwertung (des Ersparten oder der eigenen Arbeit), vor der zunehmenden Zufälligkeit des Leistungsversprechens, vor zu hohen Mietsteigerungen, ungenügender Vorsorge, digitalen Übergriffen, Altersarmut, der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf.

Unsere Antwort ist eine Politik der umfassenden Sicherheit. Sie bedeutet Schutz im Sinne von sozialer Sicherheit bis hin zum Gefühl der Geborgenheit in der Familie und der Kommune. Wohlstand und solidarisches Miteinander in der Gesellschaft gehören dazu. Schutz vor Kriminalität, Hass und Gewalt ebenso. Schließlich zählt für uns der Einsatz für eine friedlichere und gerechtere Welt zu den Bedingungen für mehr Sicherheit auch in Deutschland.

Sicherheit und Bürgerrechte dürfen keine Gegensätze sein. Gleiche Chancen, gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle, die in Deutschland eine gute Zukunft suchen. So schaffen wir die offene Gesellschaft, in der vieles möglich wird, für Menschen jeder Herkunft und Kinder aller Familien, für Frauen und Männer gleichermaßen, in einer Arbeitswelt, die berufliche Chancen ermöglicht und dabei die Bedürfnisse der Familie achtet.

Gleiche Bildungschancen und ein verlässliches Leistungsversprechen sind die Triebkräfte für Aufstieg und schaffen individuelle Sicherheit. Unsere Wirtschaft braucht QuerdenkerInnen und Fachkräfte für Innovationen im Industrie- wie im Dienstleistungsbereich. Sie braucht eine sichere Perspektive für die notwendigen zukunftsweisenden Investitionen. Je mehr Menschen sich einbringen, desto größer unser Wachstum. Je stärker die Wirtschaft und gute Beschäftigung wächst, desto sicherer ist unser Sozialsystem. Industrie 4.0 und Digitalisierung werden Arbeit nicht überflüssig machen, aber sie werden unsere Arbeitswelt verändern. Notwendige neue Flexibilitätsansprüche erfordern neue Formen von Arbeitsschutz, sozialer Sicherheit und Mitbestimmung.

Die wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen bedroht nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern droht (z.B. nach Studien des Internationalen Währungsfonds und der OECD) zum zentralen zukünftigen ökonomischen Problem zu werden. Eine gerechte Verteilung ist daher Motor und Ergebnis von Wachstum. Die SPD will Einkommen erhöhen. Viele Menschen, die nur knapp über die Runden kommen, haben ein Recht auf höhere Nettolöhne. Steuern und Sozialabgaben müssen gerecht verteilt sein. Viele Menschen in Deutschland tragen ihre Verantwortung und zahlen die Steuern, die ihrem Einkommen entsprechen. Das ist oft nicht wenig und verdient Anerkennung. Aber manche wollen sich dieser Verantwortung für Deutschland entziehen. Leute aber, die Steuern hinterziehen, und Banken, die dabei geschäftsmäßig helfen, müssen vor Gericht gestellt werden. Mehr Steuergerechtigkeit sichert die Einnahmen, die der Staat braucht, um für alle Menschen ein sicheres und gutes Leben zu ermöglichen.

Sicherheit heißt auch Nachhaltigkeit: Das vorsätzliche Ausspielen von Industrie und Umwelt verunsichert die Menschen unnötigerweise. Das Deutschland der Zukunft fördert Technik, die der Umwelt nützt. Wir bauen eine Energieversorgung, die nicht verschwendet, was knapp und wertvoll ist, die jeden Rohstoff intelligent einsetzt, effizient nutzt und damit auch das Klima schützt. Die Stromversorgung bleibt sicher, auch weil wir Kohle- und Gaskraft bereithalten, wenn die Atomkraft verschwindet. Strom aus Sonne und Wind ist unsere Energiezukunft.

Sicherheit heißt auch, dass Deutschland ein guter Nachbar und vertrauenswürdiger Partner in Europa ist und Europas Zukunft mitgestaltet, aber nicht dominiert. Sicherheit braucht Frieden. Deutschland muss seine Partnerschaften pflegen. Wir wollen Rechte, die für alle gleichermaßen gelten, Freiheit und Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Das ist unsere Idee einer gerechten Globalisierung.

Sozial und liberal, gerecht und modern, fair und offen, links und frei – diese Begriffspaare haben über die Jahrzehnte immer wieder aufs Neue den gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch der SPD definiert. Und mit diesem Gestaltungsanspruch wollen wir die folgenden 14 Bereiche diskutieren:

1. Frieden durch Dialog - und in gemeinsamer Verantwortung

Die Welt scheint aus den Fugen geraten. Die Flüchtlingskrise und die Kriege in unserer Nachbarschaft zeigen: Selten war sozialdemokratische Außen- und Friedenspolitik so gefordert wie

heute. Angesichts der großen Herausforderungen übernehmen wir Verantwortung für Frieden und Dialog. Unser Handeln ist vorausschauend und präventiv. Wir verfolgen eine Politik, die das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts ersetzen und die Gewalt aus den internationalen Beziehungen verbannen will. Wir wollen den globalen sozialen Ausgleich fördern und setzen auf Kooperation in den internationalen Beziehungen.

Die Folgen von Katastrophen und Kriegen betreffen uns in Europa oft ganz konkret. Die zahlreichen Flüchtlinge, die bei uns Sicherheit und Schutz suchen, sind der deutlichste Beweis, dass die internationale Lage vielerorts von Gewalt, Krieg und Menschenrechtsverletzungen geprägt ist. Aber auch Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sind in der Krise, auch wenn durch das Abkommen mit Iran ein bedeutsamer Erfolg der Diplomatie erreicht wurde. Die Digitalisierung und Automatisierung der Kriegsführung stellt weitreichende Fragen an Prävention, Völkerrecht und die generelle Einhegung von Kriegen.

Global nimmt die Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern dramatisch zu. Ungleichheit ist eine der Hauptursachen für Konflikte. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Unterschiede in der Welt zu verringern. Gleichzeitig kann die Verbesserung der materiellen und sozialen Lebensstandards nicht weiter durch die maßlose Ausbeutung natürlicher Ressourcen erreicht werden. Eine der größten Herausforderungen ist dabei der weltweit steigende Energiebedarf und der damit verbundene Kampf gegen den Klimawandel.

Eine zunehmend multizentrische Welt bedarf klarer Regeln des Miteinanders. Wir setzen uns daher für die Stärkung und Weiterentwicklung des Völkerrechts und internationaler Organisationen, wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO und der OSZE, ein. Zentrale Fragen sind:

- Wie können wir Sicherheit schaffen, nachhaltigen Frieden fördern und Gewalt eindämmen?
- Wie kann die Debatte um Abrüstung und Abrüstungskontrolle wieder belebt werden?
- Wie können die Ursachen von Flucht und Vertreibung abgemildert werden? Wie können zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung weiter gestärkt werden?
- Wie können wir die wachsende globale Ungleichheit stoppen und zu mehr Gerechtigkeit weltweit beitragen?
- Wie kann global die soziale Frage mit den umwelt- und klimapolitischen Herausforderungen in Einklang gebracht werden?

2. Europas Zusammenhalt bewahren – seine Einheit stärken

Europa steht vor einer historischen Bewährungsprobe. Die Solidarität und der Zusammenhalt Europas waren noch nie so gefährdet wie heute. Die wirtschaftliche Krise, die sich in Teilen Europas zu einer schweren sozialen Krise entwickelt hat, ist trotz erster Fortschritte noch nicht überwunden. Der Konflikt in der Ukraine hat die europäische Friedensordnung erschüttert. Die teils dramatische Flüchtlingskrise ist eine beispiellose humanitäre Herausforderung für ganz Europa, die auch die Solidarität innerhalb Europas auf die Probe stellt. Viele Menschen sind verunsichert. Nationalismus, Fremdenhass und Rechtspopulismus haben Zulauf. Das Vertrauen in die europäische Einigung sinkt.

Zugleich ist aber klar: Wir brauchen ein starkes, in Frieden und Freiheit geeintes Europa mehr denn je, um die Herausforderungen in der globalen Welt zu meistern. Nur gemeinsam kann sich Europa behaupten. Deshalb sagen wir: Europa muss sich verändern. Es muss auf Kritik eingehen. Es muss den Mut zu Solidarität haben und darf sich nicht von denen auseinandertreiben lassen, die Europa spalten wollen. Wir wollen, dass sich Europa in Zeiten der Herausforderung noch enger

zusammenschließt. Wir wollen, dass Europa demokratischer, wirtschaftlicher innovativer und sozial gerechter wird. Dieser Weg für Europa verlangt nach sozialdemokratischen Antworten. Mehr denn je. Zentrale Fragen sind:

- Wie kann die EU Vertrauen zurückgewinnen? Wie kann die europäische Demokratie weiterentwickelt? Wie können die Gemeinschaftsinstitutionen, vor allem das Europäische Parlament, weiter gestärkt werden? Wir können wir Nationalismus und Rechtspopulismus wieder zurückdrängen?
- Wie lässt sich eine Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik verwirklichen, die stärker als bisher Wachstumskräfte freisetzt? Wie lassen sich der soziale Zusammenhalt und Arbeitnehmerrechte in Europa, die im Zuge der Krise zusätzlich unter Druck geraten sind, effektiver schützen? Wie können wir für mehr Gerechtigkeit und eine bessere öffentliche Finanzausstattung sorgen, indem wir Steuerhinterziehung, Steuerdumping und aggressive Steuervermeidung wirkungsvoller bekämpfen?
- Was ist notwendig, damit Europa die Flüchtlingskatastrophe gemeinsam bewältigen kann? Wie kann Europas Außenpolitik so gestärkt werden, dass Europa seine Werte und Interessen in der Welt von morgen überzeugend behaupten kann?
- Wie sollte Deutschland seiner Verantwortung für Frieden, Demokratie und Zusammenhalt in Europa gerecht werden?

3. In Integration investieren - für eine starke Gesellschaft

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Damit Vielfalt eine Bereicherung ist und bleibt, braucht es ein umfassendes und alle gesellschaftlichen Bereiche einbeziehendes Konzept der Integration. Einwanderung, zumal wenn sie in so hoher Zahl und so kurzer Zeit erfolgt wie derzeit, löst auch Sorgen aus. Dazu gehören Ängste vor neuer Konkurrenz z.B. am Wohnungs- oder Arbeitsmarkt, aber auch Ängste vor kultureller Veränderung. Diejenigen, die mit Ängsten spielen, müssen wir mit Argumenten entwaffnen und gleichzeitig Bedingungen schaffen, die der Entstehung von Ängsten vorbeugen.

Deutschland steht vor einer doppelten Integrationsaufgabe: die Flüchtlinge in unsere Gesellschaft zu integrieren und zugleich Integration und Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu sichern. Eine umfassende, schnelle und gerechte Integration lässt einer angstbesetzten Debatte keinen Raum. Sie greift das überall vorhandene ehrenamtliche Engagement auf, ermutigt und unterstützt die große Offenheit und Solidarität vieler Bürgerinnen und Bürger und schützt sie vor Überforderung.

Integration beginnt mit Sprache, Bildung, beruflicher Qualifikation und Arbeit – und mit der Offenheit der Gesellschaft. Es liegt auch eine große Chance in der Zuwanderung für unser Land. Der demografische Trend und der Fachkräftemangel sind nur zwei Herausforderungen, bei denen Zuwanderung uns helfen kann, die Zukunft sicherer zu machen. Deutschland braucht ein hohes Maß an Dynamik, eine zukunftsweisende Bildungsoffensive und vielfältige Talente, um auch in der Zukunft sichere und gute Arbeit für alle bieten zu können.

Daraus ergeben sich u.a. folgenden Fragen:

- Was verstehen wir unter einer Einwanderungsgesellschaft und wie entwickeln wir sie weiter?
- Welche eigene nationale Identität als deutsche Gesellschaft und als Teil Europas haben wir und was davon wollen wir behalten? Wie fördern und fordern wir Integration dafür?
- Wie gehen wir mit den Ängsten und Sorgen in unserer Bevölkerung um?
- Wie erreichen wir, dass Herkunft und Heimat keine Gegensätze sind? Was heißt das für ein

modernes Staatsangehörigkeitsrecht?

4. Investieren in die Wirtschaft von morgen

Damit wir auch in zehn Jahren wirtschaftlich stark und sozial sicher leben, müssen wir jetzt die Weichen stellen und Deutschland modernisieren: Nötig sind Investitionen im öffentlichen und privaten Bereich, in Bildung und Ausbildung, in ein schnelles Internet, in die Energieversorgung und Energieeffizienz, in Verkehrswege und Logistik. Gleichzeitig sind wir mit sozialen und ökologischen Herausforderungen konfrontiert, die wir lösen müssen. Die Spreizung der Einkommen nimmt weiter zu. Sozialer Aufstieg ist oftmals eine Frage der Herkunft, nicht der Leistung. Das fehlende Geld in öffentlichen Kassen sowie der Klimawandel erzeugen weitere Hürden. Wir brauchen daher eine Modernisierung unseres Wirtschaftsmodells, das mehr Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung bringt, Energie und Ressourcen schont, auf Effizienz bei deren Nutzung achtet und nachhaltig wirkenden Investitionen Vorrang gibt. Ein Wirtschaftsmodell, das neben einer starken Wirtschaft, sozialen Fortschritt, Nachhaltigkeit und solide Finanzen umfasst.

Die Wirtschaftspolitik für die Zukunft Deutschlands muss die industrielle Basis unserer Gesellschaft absichern, für eine hohe Innovationskraft und Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen, gesellschaftliche Entwicklungen wie die Digitalisierung und Einwanderung politisch gestalten und auf europäischer Ebene die richtigen Weichenstellungen vollziehen. Nur mit kreativen Köpfen bleibt die Wirtschaft innovativ. Nur mit Unternehmen, die die Digitalisierung als Chance begreifen, können Arbeitsplätze gesichert werden. Nur wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Digitalisierung mitgenommen werden, verschwindet die Angst vor technischen Veränderungen.

- Welche Herausforderungen müssen wir lösen, damit wir auch 2025 wirtschaftlichen Erfolg, soziale Sicherheit, ökologische Verantwortung und kulturelle Vielfalt miteinander vereinen können?
- Wie erhalten wir die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Zeitalter einer globalen und datengetriebenen Ökonomie?
- Eine gerechte Wachstumspolitik der Zukunft muss sich auf vier Dimensionen beziehen und konzentrieren. Materieller Wohlstand und ökonomische Dynamik, Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen und der Staatstätigkeit, soziale Gerechtigkeit und die (über den nationalen Kontext hinausgehende) Dimension der Ökologie – diese vier Grundpfeiler müssen in ein sich gegenseitig bedingendes und austariertes Verhältnis gebracht werden. Wie kann ein solches „magisches Viereck“ konkret in die Praxis umgesetzt werden?
- Wie kann Politik Innovationen effektiv unterstützen und fördern? Investitionen brauchen eine solide Finanzierung und eine belastbare Perspektive, dass sich diese auch lohnen. Dafür brauchen wir eine starke Nachfragebasis der Länder und Kommunen und die aktive Rolle des Staates als Nachfrager bei der Einführung neuer Technologien. Die öffentlichen Haushalte müssen in der Lage sein, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu finanzieren. Wir wollen die finanzielle Ausstattung von Bund, Ländern und Kommunen stärken, um diese Aufgabe zu bewältigen. Wie können wir entsprechende Instrumente fortentwickeln, auch um Partnerschaften mit privaten Investoren (z.B. auch Bürgerinnen und Bürger) zu befördern.

5. Gut leben und arbeiten - gemeinsam die digitale Zukunft gestalten

Die Digitalisierung bedeutet einen radikalen und umfassenden technologisch-gesellschaftlichen Wandel, der fast alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft umfasst: Wie wir kommunizieren. Wie wir arbeiten. Wie wir wirtschaften. Wie wir Freiheit und Demokratie gestalten. Es entstehen neue

Wachstumsbranchen, datengetriebene Dienstleistungen und vernetzte Fabriken.

Neben immensen Möglichkeiten für die deutsche Industrie und insbesondere auch für den Mittelstand, kommt es durch technische Rationalisierungsmechanismen immer häufiger zum Wegfall von Jobs, insbesondere im Niedriglohnsektor. Aufgrund der erheblichen Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz betrifft die Automatisierung zunehmend auch die klassischen Wissensarbeiterinnen und Wissensarbeiter.

Doch weder das Schreckgespenst vom Ende der Arbeit ist ein wahrscheinliches Szenario noch der Glaube an eine schöne neue Welt, in der die Work-Life-Balance durch Technologie von alleine ermöglicht wird. Stattdessen ist es unsere Aufgabe, einen gesellschaftlichen Konsens über die Rolle von Arbeit in der digitalen sozialen Marktwirtschaft zu finden.

In Zeiten von Big Data muss zudem gewährleistet sein, dass privatwirtschaftliche und staatliche Datensammler transparent aufzeigen, wie sie personenbezogene Daten verwenden. Datensouveränität des Bürgers ist der neuralgische Punkt einer digitalen Gesellschaft.

- Für gute Arbeit in der digitalen Gesellschaft muss u.a. das Modell der Mitbestimmung fortentwickelt werden. In komplexer werdenden Unternehmensstrukturen mit wachsender interner und externer Flexibilität müssen Interessen in einen neuen Ausgleich gebracht werden. Dafür müssen der Begriff des Betriebes sowie der des Arbeitnehmers neu festgelegt werden. Wie genau kann das Leitbild der guten digitalen Arbeit aussehen und durch im Dreiklang von gesetzlichen Rahmenbedingungen, tarifvertraglichen Regelungen und betrieblicher Ausgestaltung verwirklicht werden?
- Wie können wir Technologien nutzen, um eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familie zu ermöglichen?
- Welche Chancen ergeben sich aufgrund der Digitalisierung für unsere Wirtschaft?
- Wie können wir das Ideal einer inklusiven digitalen Gesellschaft verwirklichen?
- Wie können wir dafür sorgen, dass Arbeitszeit gerechter verteilt wird und sicherstellen, dass die Beschäftigten von der Steigerung der Arbeitsproduktivität profitieren?
- Wie können wir in Zeiten von Big Data die Datensouveränität der Bürgerinnen und Bürger stärken?

6. Gute Arbeit und Beschäftigungssicherheit durch faire Regeln und innovative Mitbestimmung

Die Arbeitsgesellschaft verändert sich rasant. Erwerbsbiographien vieler Menschen sind von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit und Phasen der Familienarbeit oder selbständiger Tätigkeit bestimmt. Das „alte“ Normalarbeitsverhältnis mit geregelten Arbeitszeiten in Vollzeit und langer Beschäftigung beim gleichen Arbeitgeber gilt für zunehmend weniger Menschen. Die Erosion der Tarifbindung, mehr atypische Beschäftigungsformen und flexiblere Arbeitszeiten kennzeichnen die Entwicklung der letzten Jahre. Gleichzeitig wachsen aber auch die Wünsche der Beschäftigten nach Flexibilität u.a. für Sorgearbeit und Auszeiten. So sehr diese Entwicklung eine Chance ist, den individuellen Bedürfnissen der Beschäftigten nachzukommen, so sehr ist klar: Flexible Arbeit darf nicht in unsichere Arbeit münden. Flexibilität und Sicherheit gehören zusammen.

Durch die Digitalisierung wird Arbeit verdichtet und entgrenzt. Die Nachfrage nach einfachen Tätigkeiten wird weiter abnehmen. Der demografische Wandel führt zu massiven Veränderungen der Altersstrukturen der Belegschaften. Digitales Arbeiten und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordern mehr und unterschiedlich lange Weiterbildungszeiten sowie ein höheres Augenmerk auf

umfassenden Arbeitsschutz. Seit mehr als 20 Jahren gibt es einen Trend zu einer zunehmenden Ungleichheit der Haushaltseinkommen. Die mittleren Einkommen geraten unter Druck, der Anteil der geringen und der hohen Einkommen steigt.

- Wir wollen neue Flexibilitätskompromisse mit Blick auf die Arbeitszeit aber auch die Formen der Beschäftigungsverhältnisse. Wie kann das Prinzip Flexibilität gegen Sicherheit weiter ausformuliert werden? Wie können wir sicherstellen, dass Phasen abhängiger und selbständiger Beschäftigung besser miteinander kombiniert werden können?
- Welche zusätzlichen Maßnahmen können für eine Stärkung der Tarifbindung sorgen und wie kann der Gedanke der Tariftreue auch im privatwirtschaftlichen Sektor gestärkt werden?
- Im Kontext der Digitalisierung: Mit welchen Maßnahmen können wir dafür sorgen, dass gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifvertragliche Regelungen und die betriebliche Ausgestaltung ineinandergreifen?
- Die Veränderungen der Arbeitswelt betreffen junge Menschen besonders. Wir brauchen eine Vermittlungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive für die jüngere Generation. Wie können wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung fortentwickeln, so dass Qualifikationen insbesondere in den Übergängen und Brüchen des Erwerbslebens besser gesichert werden können? Wie können Ausbildungssysteme und die Anerkennung von Qualifikationen für in Deutschland und im Ausland Ausgebildete integriert werden im Sinne einer gemeinsamen Zukunft für Fachkräftesicherung und Wettbewerbsfähigkeit?

7. Familie und Beruf – von der Doppelbelastung zum doppelten Glück

Familie ist Lebensmittelpunkt, Rückzugsort, gibt Sicherheit und ist bestimmend für die Lebensplanung. Das Zusammenleben mit Kindern ist dabei auch Ausdruck von Optimismus und Lebensfreude. Der Wunsch nach eigenen Kindern ist ungebrochen stark, die Zahl der Geburten in Deutschland steigt seit 2014 wieder. Familie und Familiengründung sind private Entscheidungen, die gute Bedingungen und Zeit füreinander brauchen. Gute Lebensbedingungen für Eltern und Kinder zu sichern, ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Familien brauchen verlässliche, kalkulierbare und wirksame Unterstützung. Das Familienverständnis in Deutschland wird breiter: Familie ist dort, wo Menschen aus verschiedenen Generationen Verantwortung füreinander übernehmen. Diese Vielfalt braucht ebenso vielfältige Angebote, die die individuellen Bedingungen in Familien aufgreifen. Notwendig ist der richtige Mix aus Zeit, Geld und Betreuungsangeboten in Kita und Schule und bei Pflegebedürftigkeit. Eine der größten Herausforderungen für Familien sind die hohen Anforderungen aus dem Arbeitsleben. Vor allem der Wunsch nach einer neuen Zeitaufteilung zwischen Familie und Beruf ist in den Vordergrund getreten. Die SPD muss die Partei sein, die Familien stärkt, absichert und ihren Alltag leichter macht. Für uns sind die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften, die bessere Unterstützung von Alleinerziehenden und der Ausbau der Kinderbetreuung wichtige Ziele.

- Wie schaffen wir u.a. mit einer Familienarbeitszeit Rahmenbedingungen, die es Familien besser als bisher erlauben, Berufstätigkeit und die Sorge für Kinder sowie die Pflege von Älteren vereinbar zu machen?
- Wie können wir die immer stärker gewünschte partnerschaftliche Balance zwischen Familienarbeit und Berufstätigkeit unterstützen?
- Wie muss ein sozialdemokratisches Familiensplitting genau ausgestaltet werden, um mehr Gerechtigkeit bei den Steuerleistungen zu schaffen – zwischen Menschen mit und ohne Kindern sowie zwischen den Familienformen?

8. Bildung ist der Grundstein für eine bessere Zukunft

Gute Bildung ist ein Grundrecht und gehört in den Mittelpunkt politischer und gesellschaftlicher Anstrengungen. Sie ist Grundstein für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Teilhabe und Aufstieg durch Bildung müssen für alle möglich sein. Die frühkindliche Bildung und die Schulen schaffen die Grundlagen und geben Orientierung. Universitäten und Fachhochschulen sind Innovationsmotoren und Stätten akademischer Ausbildung. Die duale Ausbildung verbindet Lehre und Praxis miteinander. Weiterbildungseinrichtungen und Orte informeller Bildung bieten die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen.

Das deutsche Bildungssystem ist gut, aber nicht gut genug. Der demografische Wandel wird den Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften weiter erhöhen. Gleichzeitig hängen Bildungschancen noch immer zu stark von sozialer und kultureller Herkunft, vom Bildungsstand der Eltern und deren Geldbeutel ab. Ziel muss es sein, den Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen und alle Bildungspotentiale auszuschöpfen.

- Wie werden wir unserem Anspruch gerecht, kein Kind zurückzulassen? Wie gelingt es uns, in den sozialen Brennpunkten eine „Vererbung“ von Bildungsferne zu verhindern und die dort aufwachsenden Kinder und Jugendlichen besser zu fördern und zu fordern? Welche Rahmenbedingungen müssen wir schaffen, damit die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen im Erziehungs- und Bildungsalltag erfolgreich gelebt werden kann?
- Wie lässt sich ein offenes und durchlässiges Bildungssystem der Zukunft gestalten? Wie können wir die Chancen der Digitalisierung hierfür nutzen?
- Wie können wir das System der dualen Ausbildung wieder stärken?
- Wie machen wir Bildung wieder zu einer gesamtstaatlichen Aufgabe? Und wie sichern wir die Finanzierung unseres Bildungssystems?

9. Gerechte Steuerpolitik

Deutschland ist wirtschaftlich stabil und kann auch 2015 und 2016 Wachstumsraten von 1,7 % und 1,8 % erzielen. Die damit verbundenen Steuereinnahmen eröffnen Spielräume, die genutzt werden müssen, um in die Zukunft zu investieren. Das gilt insbesondere für Bildung und Integration, damit die Flüchtlinge, die bei uns bleiben, ihren Weg in unsere Gesellschaft finden.

Gleichzeitig gibt es große Ungerechtigkeiten im Steuerbereich, die beseitigt werden müssen. Wir wollen künftig stärker Familien mit Kindern fördern – wo auch immer sie aufwachsen, ob bei Müttern und Vätern, die verheiratet, unverheiratet, alleinerziehend oder in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft leben. Mit einem sozialdemokratischen Familiensplitting sollen deshalb zukünftig die Kinder bei der Besteuerung aller Eltern unabhängig von der Familienform berücksichtigt werden. Es soll ein gerechtes Steuersystem entstehen, das Eltern mit kleinem und geringem Einkommen nicht schlechter stellt als Eltern mit hohem Einkommen. Darüber hinaus brauchen wir eine zielgenauere Förderung von Alleinerziehenden, damit diese von ihrem Einkommen besser leben können. Mit einem Steuerabzug anstelle des Entlastungsbetrags sollen Alleinerziehende mehr Netto vom Brutto erhalten. Alternativ wollen wir prüfen, ob die Förderung von Alleinerziehenden wirksamer im Steuersystem oder durch direkte Unterstützungsleistungen z.B. im Kindergeld verbessert werden kann.

Eine zweite große Steuerungerechtigkeit ist die Steuerflucht und die Praxis der aggressiven

Steuroptimierung, von der viele internationale Unternehmen Gebrauch machen. Steuertransparenz, Steuerstandards und eine Mindestbesteuerung bei Körperschaften in Europa und mit Drittstaaten außerhalb Europas sind das Ziel einer gerechten Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Steuerflucht muss noch härter bekämpft werden. Wir sind schon auf einem guten Weg, aber die Schraube muss noch enger angezogen werden. Der Steuerpflicht darf sich niemand entziehen können. Und schließlich müssen wir das Steurdumping zwischen den Staaten beenden und mindestens in Europa eine gerechte Besteuerung durchsetzen.

In den vergangenen Jahren ist die Ungleichheit in Deutschland weiter angewachsen. Dies ist sozial ungerecht und schwächt den Zusammenhalt der Gesellschaft. Darüber hinaus belastet es die wirtschaftliche Entwicklung und schmälert unsere Wachstumschancen. Wir wollen deshalb sicherstellen, dass starke Schultern einen stärkeren Beitrag zum Gemeinwesen erbringen, indem wir dem Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit stärker zur Geltung verhelfen. Insbesondere hat sich in den vergangenen Jahren die einseitige Konzentration von Vermögen weiter verstärkt. Gleichzeitig trägt die Besteuerung von Vermögen in keinem anderen Land Europas so wenig zum Steueraufkommen und der Erfüllung öffentlicher Aufgaben bei wie in Deutschland. Vor diesem Hintergrund muss eine sozialdemokratische Steuerpolitik weiter eine Antwort auf die Frage geben, wie alle Einkunftsarten einen gerechten Beitrag zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen und öffentlichen Aufgaben leisten können. Steuern helfen auch, Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Ferner muss endlich die Finanztransaktionssteuer umgesetzt werden. Die Hauptverursacher der Krise müssen ihren fairen Beitrag zur Bankenrettung beitragen. Zudem werden rein spekulative Kapitalbewegungen teurer und uninteressanter – das stabilisiert das Finanzsystem. Und: Die Staaten haben eine Steuerquelle für Investitionen in die Zukunft. Um dem Auseinanderdriften der Einkommen in Deutschland entgegenzuwirken, braucht es jedoch mehr als das Steuerrecht. Stärkung der Tarifverträge, Bekämpfung der Leiharbeit, Mindestlohn – das alles führt zu deutlichen Einkommenszuwächsen der arbeitenden Mitte. Kapitalerträge sollten nicht über den Steigerungen der Lohneinkommen liegen. Für Kapitalerträge muss die synthetische Einkommensbesteuerung wieder eingeführt werden, also die Besteuerung nach dem persönlichen Steuersatz. Dazu wollen wir die Abgeltungssteuer abschaffen.

- „Flüchtiges Kapital“ und Steuerhinterzieher werden auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene künftig durch den automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden verfolgt, der am 1. Januar 2017 in Kraft tritt. Wie sollte man mit Ländern umgehen, die sich der dafür notwendigen Kooperation verweigern? Und was ist darüber hinaus nötig?
- Wie können transnationale Unternehmen so besteuert werden, dass sie ihren Teil zur Finanzierung der von ihnen mitgenutzten Infrastrukturen angemessen beisteuern? Wie kann die jeweilige Wertschöpfung in einem Land möglichst exakt bestimmt und besteuert werden ohne die bürokratischen Anforderungen zu sehr zu verschärfen?
- Wie muss eine Besteuerung von Finanzspekulation gestaltet sein, um (a) eine echte Bremswirkung auf schädliche Spekulationen zu haben und (b) ein gerechtes Steueraufkommen für die beteiligten Staaten generiert?
- Wie gestalten wir ein sozialdemokratisches Familiensplitting, das Kinder bei der Besteuerung aller Eltern unabhängig von der Familienform berücksichtigt?
- Wie kann sichergestellt werden, dass die Steuerbasis der Kommunen, Länder und des Bundes auch in Zukunft verlässlich und gerecht sind?

10. Die Zukunft entscheidet sich vor Ort – soziale, leistungsfähige Städte und Gemeinden

In unseren Städten und Gemeinden entscheiden sich Lebenschancen und Lebensqualität. Alle großen Herausforderungen, aber auch alle Chancen und Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung bilden sich in unseren Städten und Gemeinden ab. Ob es die Folgen von Globalisierung und Digitalisierung, des Klimawandels und des demografischen Wandels, von Migration und sozialer Ungleichheit sind: Sie werden vor Ort zuerst sichtbar.

Da sich die Veränderungen ganz unterschiedlich auswirken, bedarf es passgenauer Konzepte. Auf der einen Seite gibt es boomende Groß- und Universitätsstädte mit rasant steigenden Mieten und Wohnungsknappheit. Auf der anderen Seite stehen die schrumpfenden und alternden Kleinstädte vor allem in ländlichen Regionen. Wir brauchen regionale Strategien und Konzepte, wie wir gute Wohnverhältnisse und bezahlbare Mieten für alle Bevölkerungsgruppen sichern, die Chancen von einem urbanen Miteinander nutzen und auch in ländlichen Regionen eine gute öffentliche Infrastruktur aufrechterhalten.

Vor allem die Digitalisierung kann innovative, intelligente und nachhaltige Konzepte mit Blick auf Mobilität, Energieversorgung und Energieeffizienz, technische und soziale Infrastrukturen ermöglichen. Auch die vielfach strukturelle Unterfinanzierung vieler Kommunen muss nachhaltig aufgelöst werden. Insbesondere bei der Bewältigung der Flüchtlingsfrage entscheidet vielfach die politische Ebene vor Ort und das Quartier über Erfolg oder Misserfolg von Integration.

- Wie können wir die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden strukturell und nachhaltig sichern?
- Wie können wir den Sozialraum des Quartiers als solidarische Handlungs- und aktive Beteiligungsebene stärken?
- Welche neuen Instrumente können wir für vorausschauende Wohnungspolitik in gesamtstaatlicher Verantwortung entwickeln?
- Wie sichern und verbessern wir die Qualität der öffentlichen Infrastruktur in immer vielfältigeren Städten mit Blick auf gleiche Lebenschancen?
- Wie nutzen wir die Chancen der Digitalisierung auf dem Weg zur intelligenten Stadt der Zukunft?

11. Alle Menschen sind verschieden. Nur Vielfalt mit Respekt hat Zukunft.

Eine vielfältige Gesellschaft legt niemanden auf bestimmte Lebensentwürfe fest, sondern schafft Rahmenbedingungen dafür, dass jede und jeder den eigenen Lebensentwurf verwirklichen kann. Vielfalt wertschätzt den Einzelnen und die Einzelne. Vielfalt eröffnet Chancen und erweitert Erfahrungsmöglichkeiten, wenn Menschen mit unterschiedlichen Biografien und Persönlichkeiten oder sozialer Herkunft und Kompetenzen z.B. in Unternehmen, gesellschaftlichen Organisationen oder Parteien zusammenkommen. Wir wollen eine Gesellschaft der Vielfalt. Vielfalt ist gelebte Teilhabe aller.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Ziel der Gleichstellung sind auch im 21. Jahrhundert immer noch eine große Herausforderung. Wir wollen eine offene und inklusive Gesellschaft ohne Menschen zu diskriminieren oder auszuzugrenzen.

Vielfalt, Teilhabe und Gleichstellung sind die Voraussetzung für eine lebenswerte und freie Gesellschaft für alle Menschen. Soziale Ungleichheiten abzubauen, ist daher ein zentrales Ziel der offenen Gesellschaft.

- Vielfalt ist eine Stärke unseres Landes und eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.

Welche Rahmenbedingungen für eine vielfältige Gesellschaft müssen geschaffen, welche Grenzen dürfen nicht überschritten werden?

- Wie werden wir dem Anspruch an eine moderne sozialdemokratische Gleichstellungspolitik gerecht? Welche Hemmnisse stehen der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern entgegen?
- Wie erreichen wir, dass Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen in allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben können?
- Welche weiteren Schritte müssen wir unternehmen, um die vollständige Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Intersexuellen (LSBTI) zu erreichen?

12. In Würde altern, darf keine Frage des Geldbeutels sein

Der demografische Wandel mit dem größer werdenden Anteil älterer und hochbetagter Menschen stellt im Hinblick auf länger bezogene Alterseinkommen sowie auf die medizinische und pflegerische Versorgung Fragen an die künftige Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. Außerdem tun sich durch die zunehmende Vielfalt der Erwerbsbiografien Lücken in der Absicherung auf. Auch neue gesellschaftliche Vorstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werfen Fragen nach der individuellen Absicherung, aber auch der solidarischen Basis der Sozialversicherungen auf. Die SPD hat auf der Grundlage des Beschlusses aus dem November 2012 in der Koalition wichtige rentenpolitische Weichenstellungen erreicht. Angesichts des Wandels in der Arbeitswelt und der Demografie müssen neue Antworten zur Weiterentwicklung der Alterssicherung gefunden werden, die geeignet sind, unterschiedliche Lebens- und Erwerbsphasen abzusichern, Armutsrisiken zu vermeiden und weiterhin eine am Lohn orientierte Rente zu gewährleisten. Dabei sind für uns die 2012 gefassten Beschlüsse zum Verhältnis von Rentenniveau und Beitragsentwicklung weiterhin maßgeblich. Wir halten außerdem an unserem Ziel eines bundeseinheitlichen Beitragsbemessungssystems in Ost und West fest. Die SPD vertritt in Hinblick auf die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung das Konzept der Bürgerversicherung. Auf dieser Grundlage wollen wir folgende Fragen beantworten:

- Welche Konsequenzen hat der demografische Wandel in der Arbeitswelt, und wie können die Arbeitswelt und die Übergänge in die Rente für ältere Beschäftigte gestaltet werden?
- Wie muss die Alterssicherung ausgerichtet sein, um für alle Erwerbstätigen unterschiedliche Erwerbsformen und -verläufe abzubilden, ein entsprechendes Alterseinkommen zu gewährleisten und Armut im Alter zu vermeiden?
- Wie werden sich Bedarfe in der medizinischen Versorgung in einer älter werdenden Gesellschaft verändern und wie kann eine teilhabeorientierte pflegerische Versorgung gestaltet werden?

13. Konsequenz für Sicherheit und gegen die Ursachen von Gewalt

Eine wichtige Aufgabe des Staates ist es, dafür zu sorgen, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner des Landes frei von Ängsten und Bedrohungen leben können. Der Staat als Träger des Gewaltmonopols muss dafür die Menschen vor Gewalt und Kriminalität schützen. Sicherheit ist immer auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit: Nur Starke können sich einen schwachen Staat leisten.

Erfahrungen von Kriminalität und Gewalt im Alltag verstärken Ängste. Das gilt in erster Linie für selbst erlebte Verbrechen, aber auch für jene, die vom Hörensagen bekannt sind. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass die Menschen in Deutschland sicher sind - und das sie sich auch sicher

fühlen. Die Herausforderungen betreffen dabei u.a. die Bekämpfung der sogenannten Alltagskriminalität wie auch der organisierten Kriminalität und des Terrorismus in Deutschland.

Eine geängstigte Gesellschaft wird empfänglicher für Extreme. Deshalb bleibt der Kampf gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus eine wichtige Aufgabe. Aktuell wird deutlich, dass die Hemmschwelle menschenfeindlicher Attacken sinkt. Auch verbale Attacken aus der Mitte der Gesellschaft etwa auf Asylsuchende nehmen zu.

- Wie gewährleisten wir Sicherheit sowohl im städtischen wie auch im ländlichen Umfeld? Welche Anforderungen an eine moderne Polizeiarbeit legen wir an?
- Wie stärken wir Menschen frühzeitig, so dass sie menschenfeindliche Verführer erkennen und ihnen als Demokraten entgegen treten können? Was tun wir gegen den organisierten Rechtsextremismus?
- Wie schaffen wir es, der Radikalisierung insbesondere junger Menschen vorzubeugen? Was sind die Ursachen, dass sich einige radikalieren und mit welchen sozialen und pädagogischen Maßnahmen kann dem begegnet werden?
- Soll der Staat offensiver für den Schutz in der digitalen Welt eintreten? Was könnte der Staat hier angesichts der flüchtigen Tatorte im World-Wide-Web tun?

14. Demokratie ist Mitmischen - nicht nur bei der Wahl

Die im Grundgesetz verankerte parlamentarisch-repräsentative Demokratie ist die tragende Säule unseres politischen Systems in Deutschland. Sie trägt entscheidend zur politischen Stabilität in Deutschland bei. Seit einiger Zeit erfahren die Kerninstitutionen des repräsentativen Systems jedoch einen Ansehens- Legitimationsverlust.

Wahlbeteiligungen von unter 50 Prozent werfen die Frage nach der Legitimation der politischen Repräsentation auf. Je sozial schwieriger die Lebensverhältnisse in einem Wahlbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Auch ein geringeres Bildungsniveau verstärkt Wahlenthaltung. Die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland geht einher mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft.

Viele wünschen sich mehr Mitsprachemöglichkeiten jenseits von Wahlen. Anlassbezogene Bürger- und Protestbewegungen vor allem bei Großprojekten sind zum Teil einer politischen Kultur geworden. Eine starke Demokratie braucht eine lebendige und streitbare Zivilgesellschaft. Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger das politische und gesellschaftliche Leben mitgestalten.

- Wie schaffen wir es, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren die Wahlbeteiligung zu erhöhen und die mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung verbundene soziale Spaltung zu überwinden?
- Wie fördern und fordern wir die Integration von Zuwanderern in unsere politische und demokratische Kultur?
- Wie fördern wir die Bereitschaft, sich in der Politik zu engagieren, insbesondere bei der besonders geforderten Generation, die die eigene Berufstätigkeit mit dem Familienleben und der Versorgung von Angehörigen unter einen Hut bringen muss?

Fortsetzung Perspektivdebatte in 2016 und Einbindung sowie Beteiligung auf dem Weg zum Regierungsprogramm 2017

Wie sichern wir Wohlstand und Sicherheit auch in den kommenden zehn Jahren - in Deutschland und in Europa? Wie erhalten wir die Fähigkeit unseres Landes, sich zu erneuern und innovativ und wegweisend zu sein? Wie muss ein Zukunftspaket für Bildung, Forschung und Infrastruktur ausgestattet sein? Was erwarten die jungen Generationen, Familien, Ältere für ihre und unsere gemeinsame Zukunft in Deutschland? Wie erneuern und beleben wir unsere Demokratie? Was ist unser Beitrag für eine Globalisierung, die sich nicht Reichtum für wenige, sondern Gerechtigkeit für alle und den Schutz der Ressourcen und des Klimas zum Ziel setzt? Welche Rolle übernehmen wir in Europa und in einer Welt voller Konflikte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft? Die Antworten auf diese und andere Fragen sind richtungsweisend für unsere Zukunft. Sie waren Thema unseres Perspektivkongresses im Oktober in Mainz. Und sie leiten unsere Programmarbeit des kommenden Jahres an. Der Prozess soll zu einem Regierungsprogramm der SPD führen, aus dem eine klare sozialdemokratische Alternative für die Zukunft unsere Gesellschaft hervorgeht.

Programmatische Impulse, konkrete Ideen und Akzentuierungsvorschläge werden 2016 in **sechs Perspektiv-AGs** entwickelt. Folgende Perspektiv-AGs werden unmittelbar nach dem Parteitag im Herbst 2015 eingesetzt:

1. Wirtschaft, Investitionen, Finanz- und Steuerpolitik
2. Arbeit, Digitales, Bildung
3. Leben und Familie
4. Frieden und Europa
5. Neue Gerechtigkeit und Zukunft des Sozialstaats
6. Demokratie und Teilhabe
7. Umwelt, Klimaschutz und Verbraucherschutz

Die Einbindung der Ideen und Vorschläge möglichst Vieler bleibt der Anspruch an die Erstellung unseres Regierungsprogramms. Dafür führen wir in der ersten Jahreshälfte 2016 vier Regionalkongresse durch, die die Spannbreite der Perspektivdebatte abbilden, aber jeweils einen Schwerpunkt setzen.

Insgesamt soll mit den vier Regionalkongressen die Perspektivdebatte aus dem Blickwinkel jeweils eines Schwerpunktthemas heraus vorangetrieben werden.

Die Ergebnisse der Regionalkonferenzen und die Arbeit der Perspektiv-AGs werden auf einer Modernisierungskonferenz im Herbst 2016 gebündelt.

Aufbauend darauf soll das Regierungsprogramm entworfen und im Parteivorstand Anfang 2017 beraten werden.

Dessen Inhalte wird die SPD öffentlich diskutieren. Dazu eignen sich Beteiligungsformen im Internet, Befragungen, Regionalkonferenzen und Verbändedialoge. Zur **Erarbeitung des Regierungsprogramms 2017** werden wir in zentralen Fragen eine **verbindliche Mitgliederbefragung** durchführen.

Wir wollen Deutschlands Zukunft gemeinsam mit denjenigen schreiben, die gestalten wollen. Und auch diejenigen, die sich von der Politik abgewandt haben, werden wir nicht vergessen. Daher werden wir im Frühjahr 2017 wieder einen **Bürgerdialog** veranstalten: Auf vier parallelen Veranstaltungen im Norden, Osten, Süden und Westen des Landes werden wir an einem Tag Anregungen und Rückmeldungen zum Regierungsprogramm aufnehmen und das Programm gemeinsam fortentwickeln. Wir nutzen digitale Technologien, um die Arbeit der vier Bürgerdialoge miteinander

zu vernetzen und damit deutschlandweit Impulse zu setzen.

Nach diesem öffentlichen Konsultationsprozess wird im Juni 2017 das Regierungsprogramm auf dem SPD-Bundesparteitag verabschiedet.

Dass wir unsere Versprechen umsetzen, haben wir in der Legislaturperiode der Großen Koalition hinlänglich bewiesen – und zeigen es tagtäglich in den vielen SPD-regierten Ländern, Städten und Kommunen. Gemeinsam wollen wir für die Mehrheit der Menschen in Deutschland ein Programm 2017 zur Wahl stellen, das eine klare Alternative möglich machen wird. Für die offene und gerechte Gesellschaft mit der SPD.